

2 Milliarden Dollar ausländisches Geld hinter Amerikas „Basis“-Klimabewegung?

geschrieben von Chris Frey | 24. Februar 2026

[Charles Rotter](#)

Wer hätte das gedacht!

Seit Jahren wird Klimaskeptikern vorgeworfen, sie seien nichts weiter als bezahlte Sprachrohre der „großen Ölkonzerne“. Diese Anschuldigung wurde so oft wiederholt, dass sie sich zu einer Art Doktrin verfestigt hat. Jede Infragestellung der vorherrschenden Klimadiskurse wird mit einem wissenden Grinsen und dem Wort „finanziert“ abgetan. Die Botschaft ist klar: Abweichende Meinungen sind künstlich. Erfunden. Astroturf.

Und doch deuten die jüngsten Entwicklungen in Montana darauf hin, dass die wirklich industriell angelegte Astroturf-Operation möglicherweise auf der anderen Seite des politischen Spektrums angesiedelt ist.

Der Generalstaatsanwalt von Montana Austin Knudsen hat gemeinsam mit 18 weiteren Generalstaatsanwälten das US-Justizministerium offiziell [aufgefordert](#), mehr als 150 in den USA ansässige Klima-Organisationen wegen möglicher Verstöße gegen das Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten (FARA) zu untersuchen. Der Antrag folgt auf einen Bericht, in dem detailliert beschrieben wird, wie in den letzten zehn Jahren fast 2 Milliarden US-Dollar von fünf ausländischen Klimastiftungen an amerikanische Aktivisten-Netzwerke geflossen sind.

AUSTIN KNUDSEN



STATE OF MONTANA

February 12, 2026

Hon. Pamela Bondi
Attorney General of the United States
United States Department of Justice
950 Pennsylvania Ave., NW
Washington, D.C. 20530

Hon. John Eisenberg
Assistant Attorney General for National Security
United States Department of Justice
950 Pennsylvania Ave., NW
Washington, D.C. 20530

Der Kopf der 28 Seiten starken Klageschrift. Quelle: [2026-02-12 AGs' Letter to DOJ re APT ReportDownload](#)

Zu den genannten Stiftungen gehören die Oak Foundation (Schweiz), die Children's Investment Fund Foundation (UK), die Quadrature Climate Foundation (UK), die KR Foundation (Dänemark) und die Laudes Foundation (Schweiz). Laut dem von den Generalstaatsanwälten zitierten Bericht haben diese Einrichtungen gemeinsam außerordentlich hohe Summen in US-amerikanische Gruppen investiert, die sich mit Rechtsstreitigkeiten, Lobbyarbeit, PR-Kampagnen und organisierten, Druck ausübenden Maßnahmen befassen, um die amerikanische Energiepolitik neu zu gestalten.

FARA existiert aus gutem Grund. Es verpflichtet Personen oder Organisationen, die „für oder im Interesse“ ausländischer Auftraggeber in politischer Funktion tätig sind, diese Beziehung offenzulegen. Transparenz ist nach dem Gesetz nicht optional. Wenn Organisationen politische Ziele verfolgen, die mit denen ausländischer Geldgeber übereinstimmen, hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, dies zu erfahren.

Der Brief der Generalstaatsanwälte enthält keine Schuldzuweisungen. Er fordert eine Untersuchung. Dieser Unterschied ist wichtig. Skepsis erfordert, dass man sich ein Urteil vorbehält, bis Beweise vorliegen. Aber allein schon der Umfang der Finanzierung wirft berechtigte Fragen auf.

Fast 2 Milliarden Dollar

Wäre eine vergleichbare Summe von heimischen Ölkonzernen an politische

Thinktanks geflossen, welche die Vorschriften für erneuerbare Energien in Frage stellen, würde dies monatelang die Schlagzeilen beherrschen. Noch bevor die Tinte getrocknet wäre, würden Anhörungen im Kongress angesetzt werden. Die Leitartikel würden vor Korruption und Vereinnahmung warnen.

Stattdessen wurde ein Großteil dieser ausländischen Gelder unter dem Deckmantel der Philanthropie bereitgestellt.

Dieser Heiligenschein verdient eine Untersuchung.

Klimaschutz-Aktivismus wird häufig als spontane, basisdemokratische Energie dargestellt – Bürger, die sich organisch zur Verteidigung des Planeten erheben. Der Begriff „Basisdemokratie“ wird fast reflexartig verwendet. Wenn Bewegungen jedoch von koordinierten, grenzüberschreitenden Geldströmen in Milliardenhöhe abhängig sind, erscheint dieser Begriff fehl am Platz.

Astroturf ist per Definition künstliche Basisbewegung – eine synthetische Oberfläche, die so gestaltet ist, dass sie echt wirkt. Wenn Finanzierungsnetzwerke in London, Zürich und Kopenhagen US-amerikanische Interessenverbände, die sich für die Einschränkung der heimischen Produktion fossiler Brennstoffe, die Stilllegung von Pipelines und die Lähmung der Energieinfrastruktur durch Gerichtsverfahren einsetzen, massiv finanziell unterstützen, dürfen Beobachter zu Recht fragen, ob das, was organisch erscheint, in Wirklichkeit sorgfältig kultiviert ist.

Damit wird nicht behauptet, dass jeder Aktivist sich der Finanzierungsquellen bewusst ist. Auch macht ausländische Finanzierung eine politische Position nicht automatisch ungültig. Ideen stehen und fallen aufgrund ihrer Vorzüge. Aber finanzieller Einfluss prägt Prioritäten, Botschaften und Strategien. So funktionieren politische Ökosysteme.

Ein besonders bemerkenswertes Element in der Berichterstattung betrifft die Children's Investment Fund Foundation CIFF, die Berichten zufolge Hunderte Millionen Dollar in die Klimaschutzarbeit in den USA investiert hat. Die CIFF unterhält Verbindungen zur Energy Foundation China, einer Organisation, die im strategischen Umfeld der Kommunistischen Partei Chinas tätig ist. Selbst wenn alle Transaktionen technisch legal sind, ist es doch berechtigt zu fragen, ob ausländische strategische Interessen davon profitieren, wenn die heimische Energieproduktion in den USA eingeschränkt wird.

Energie ist nicht nur eine Umweltfrage. Sie ist eine wirtschaftliche Grundlage und eine Säule der nationalen Sicherheit. Wenn die amerikanische Produktion zurückgeht, während geopolitische Konkurrenten ihre Produktion ausweiten, verschiebt sich das Gleichgewicht.

Die Ironie dabei ist kaum zu übersehen. Klimaaktivisten argumentieren

seit langem, dass Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie mit ihrem Geld die Demokratie verzerren. Wenn jedoch ausländische Stiftungen riesige Summen in amerikanische politische Kämpfe stecken – darunter auch Rechtsstreitigkeiten, die bestimmte Projekte stoppen sollen –, verschwindet die Sorge um Verzerrungen nicht einfach, nur weil die Sache als „Klimaschutz“ bezeichnet wird.

Es wird zu einer überparteilichen Frage der Transparenz.

Es gibt auch ein allgemeineres Muster, das es zu beachten gilt. Debatten über Klimapolitik finden zunehmend in einem Rahmen moralischer Dringlichkeit statt. Gegner werden nicht als Teilnehmer einer komplexen politischen Meinungsverschiedenheit dargestellt, sondern als Hindernisse für das Überleben des Planeten. Diese rhetorische Haltung wird genutzt, um kritische Fragen zu unterdrücken. Wenn es um eine existenzielle Frage geht, treten Finanzierungsfragen in den Hintergrund.

Und genau hier ist eine gründliche Prüfung am dringendsten erforderlich.

Das Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten (Foreign Agents Registration Act, FARA) wurde 1938 verabschiedet, um verdeckte Einflussnahmen aus dem Ausland zu bekämpfen. Sein Zweck ist die Offenlegung, nicht das Verbot. Die Öffentlichkeit kann selbst entscheiden, wie viel Gewicht sie Interessenvertretungen aus dem Ausland beimisst. Diese Entscheidung erfordert jedoch Informationen.

Wenn die Untersuchung des DOJ fortgesetzt wird, muss festgestellt werden, ob diese Organisationen die Registrierungsschwelle des FARA erfüllen. Diese Analyse hängt von den rechtlichen Definitionen von Vertretung, Weisung und politischer Aktivität ab. Sie könnte zu dem Schluss kommen, dass keine Verstöße vorliegen. Oder sie könnte strukturelle Vereinbarungen aufdecken, die eine Registrierung rechtfertigen.

Wie auch immer, alles muss ans Tageslicht

Die Klimapolitik ist mit außerordentlichen wirtschaftlichen Risiken verbunden. Netto-Null-Rahmenwerke, Emissionsvorgaben, Beschränkungen für Leasing und Genehmigungen sowie Initiativen zur Elektrifizierung haben Auswirkungen in Höhe von Billionen Dollar. Die dahinter stehenden Kosten-Nutzen-Berechnungen basieren auf Klimamodellen, die Jahrzehnte in die Zukunft projizieren und selbst anerkannte Unsicherheiten enthalten. In einem solchen Umfeld fügt die ausländische Finanzhebelwirkung, die sich auf den heimischen Aktivismus legt, einer ohnehin schon komplexen Gleichung eine weitere Variable hinzu.

Diese Episode sollte auch zu einer Neubewertung rhetorischer Gewohnheiten führen. Vorwürfe über „große Ölgelder“ dienen seit Jahren als Mittel, um Gespräche zu beenden. Wenn ausländisches Kapital

wesentliche Teile der Klimaschutzbewegung finanziert, sollte vielleicht die Diskussion über die Finanzierung in Umfang und Ton erweitert werden.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wer wen finanziert. Sie hat ein Recht darauf zu erfahren, ob koordinierte internationale Finanzierungsnetzwerke die nationalen Regulierungskämpfe beeinflussen. Und sie hat ein Recht darauf, diese Fakten abzuwägen, ohne dass ihr gesagt wird, dass das Stellen von Fragen eine Untreue gegenüber dem Planeten darstellt.

Transparenz sollte gleichermaßen für alle gelten!

Astroturf-Vorwürfe verlieren ihre Wirkung, wenn sie selektiv eingesetzt werden. Wenn künstliche Verstärkung zu beanstanden ist, wenn sie Skepsis unterstützt, bleibt sie auch zu beanstanden, wenn sie aggressive Dekarbonisierungsmaßnahmen unterstützt.

Skepsis setzt keine Schuld voraus. Sie setzt das Urteil aus und verlangt Beweise. Eine Untersuchung der ausländischen Finanzierung des Klimaaktivismus' ist eine direkte Anwendung des Offenlegungsrechts auf einen Politikbereich, der wirtschaftlich und strategisch eine zentrale Rolle spielt.

Die Ironie bleibt jedoch bestehen.

Nachdem jahrelang behauptet wurde, dass Skepsis gekauft worden sei, scheint es nun, dass große Teile der Klimapolitik möglicherweise aus dem Ausland finanziert wurden – von Stiftungen, deren strategische Interessen nicht unbedingt mit der amerikanischen Energiesicherheit oder den amerikanischen Interessen im Allgemeinen übereinstimmen.

Da schau her!

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/02/19/astroturf-alert-2-billion-in-foreign-cash-behind-americas-grassroots-climate-movement/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE